

- die Verbesserung der technischen Ausstattung wichtiger Filmstudios;
- die Verbesserung der Ausrüstung von Filmvorführstellen;
- die Entwicklung des Films in Gebieten nationaler Minderheiten sowie in Grenz- und Armutsgebieten;
- andere Projekte, die Unterstützung benötigen.

Der Staat fördert und unterstützt ferner Produktion, Vertrieb und Vorführung von Wissenschafts- und Erziehungsfilmen, Dokumentar-, Kultur- und Kinderfilmen. Er fördert bevorzugt Vertrieb und Vorführung von Filmen in den unterentwickelten Gebieten und auf dem Lande.

Die *Sanktionen* bei Verstößen gegen diese Bestimmungen reichen von Verböten über Konfiszierungen bis hin zu Geldstrafen.

(RMRB, GMRB, 26.6.96)

Hauptzweck dieser Bestimmungen sind die Sicherstellung der Kontrolle über ausländische Filme und der Schutz der einheimischen Filmindustrie. Chinas Filmbranche befindet sich seit Jahren in der Krise, vor allem aufgrund der Konkurrenz durch das Fernsehen, schlechte Qualität, mangelnde Finanzausstattung und einen teilweise ungeordneten Markt. Die große Sorge der Filmbürokratie ist vor allem ein zu starker Zufluß von ausländischen Filmen minderer Qualität, die Moral, Lebensweise und Weltbild der Chinesen negativ beeinflussen könnten. Gerade kürzlich hat Beijing bei Fernsehfilmen den Anteil ausländischer Produktionen zur Hauptsendezeit auf 15 Prozent (Xinhua, Beijing, für Hongkong, chin., 21.6.96, nach SWB, 25.6.96; nach SCMP, 26.6.96 auf 20 Prozent) begrenzt. In den vorliegenden Bestimmungen wird die Vorführzeit für ausländische Filme auf ein Drittel beschränkt. Dadurch soll eine Überschwemmung des chinesischen Filmmarktes mit unliebsamen ausländischen Produktionen verhindert und zugleich die einheimische Filmindustrie geschützt werden. Auch in dem im Juli 1994 veröffentlichten Entwurf zu diesen Bestimmungen war der Anteil importierter Filme bereits auf 30 Prozent begrenzt worden (vgl. C.a., 1994/7, Ü 17).

Besonders hinzuweisen ist auf den Filmförderungsfonds, der ebenfalls der Stärkung der chinesischen Filmwirtschaft dient. Der Fonds wird anteilig aus dem Verkauf von Kinokarten gespeist. Während die Kinobetreiber bis vor kurzem 0,05 Yuan pro verkaufter

Kinokarte an den Staat abführen mußten, ist dieser Anteil jetzt auf 5 Prozent der Einnahmen aus dem Kartenverkauf erhöht worden. Die Erhöhung der Abgabe darf allerdings laut behördlicher Anordnung nicht zu Preissteigerungen bei Kinokarten führen. In unterentwickelten Kreisen, die von der Regierung unterstützt werden, können Filme auch unentgeltlich gezeigt werden. Die Abgabe auf Kinokarten wurde zusammen mit Gründung des Filmförderungsfonds im Jahre 1991 eingeführt. Seitdem wurden 113 Mio. Yuan kassiert. Davon wurde etwa die Hälfte für die Produktion wertvoller Filme ausgegeben, mit der anderen Hälfte wurde die Verbesserung der Kinos und deren Ausstattung in unterentwickelten Gebieten finanziert. (XNA, 30.6.96) -st-

Außenwirtschaft

*(21)

Deutsches China-Geschäft in Gefahr?

Im Zusammenhang mit der "Tibet-Erklärung" des Deutschen Bundestages traten in den letzten Wochen politische Spannungen im außenpolitischen Verhältnis zwischen Deutschland und China auf. Die Ausladung von Außenminister Kinkel durch die chinesische Seite und im Gegenzug die Absage der Reise deutscher Minister nach China führten zu einer Trübung der bisher relativ entspannten bilateralen Beziehungen. Sofort wurde die Frage nach möglichen Auswirkungen der politischen Spannungen auf die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen gestellt. Hierbei gibt es unterschiedliche Positionen, da einige Vertreter der deutschen Wirtschaft den politischen Rahmenbedingungen eine bedeutende Rolle für das deutsche China-Geschäft zuschreiben, während andere der Politik nur eine Nebenrolle zugestehen.

Die Argumentation der letztgenannten Gruppe basiert auf den Erfahrungen, daß für die chinesische Seite der Preis das wichtigste Kriterium bei Lieferungen sei. (SZ, 26.6.96) Weiterhin sei das Geschäft vor allem der mittelständischen Unternehmen in China kaum von der großen Politik berührt, da nicht mehr die Zentralregierung in Beijing über Geschäftsabschlüsse entscheide, sondern dezentral Entscheidungen getroffen würden. (SZ, 26.6.96)

Für Vertreter von Großunternehmen, die sich mit hohem Kapitalengagement in China langfristig verpflichten, sind dagegen die Spannungen im politischen Bereich durchaus beunruhigend. (SZ, 26.6.96; FAZ, 27.6.96) Bei der Vergabe von Großaufträgen im Kraftwerksbau, im Transport- oder Telekommunikationssektor ist die chinesische Zentralregierung stärker involviert und hat in der Vergangenheit oftmals politische Dissonanzen mit einer ausländischen Regierung als Grund für die Diskriminierung von Unternehmen aus diesem Land gesehen. Da der chinesische Markt nicht nur von der europäischen Konkurrenz, sondern vor allem von Unternehmen aus Japan und den USA umworben wird, befürchten deutsche Großunternehmen negative Auswirkungen politischer Spannungen. (HB, 27.56.96)

Wird an die Signalwirkung und das Volumen der Großaufträge gedacht sowie an die damit verbundenen Chancen für deutsche Zulieferbetriebe, dann besitzen entspannte politischen Rahmenbedingungen durchaus eine wichtige Rolle. Die "Türöffnerfunktion" von hochrangigen Politikerreisen sollte dementsprechend nicht unterschätzt werden.

Stellvertretend für die deutsche Wirtschaft gab Heinrich Weiss, Vorsitzender des Arbeitskreises China beim Asien-Pazifik-Ausschuß, eine Einschätzung der Situation. Weiss zufolge stelle die chinesische Seite derzeit trotz der politischen Spannungen nicht die Wirtschaftsbeziehungen in Frage; die Zuspitzung des Konflikts halte er für ein innerdeutsches Problem. (HB, 25.6.96) Auch andere Vertreter der deutschen Wirtschaft, die Schlüsselfunktionen einnehmen, rechnen nicht mit einer Gefährdung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen bzw. "Strafaktionen" aus Beijing, warnen jedoch vor einer weiteren Eskalierung. (HB, 25. und 27.6.96; SZ, 25.6.96)

Für die mittelständischen deutschen Unternehmen, die am chinesischen Markt interessiert sind, ist nach wie vor die im September in Beijing stattfindende Mittelstandskonferenz ein wichtiger Termin, um Kooperationsmöglichkeiten mit chinesischen Unternehmen zu erkunden. Insgesamt haben sich die deutschen Investitionen in China im Verlauf der letzten Jahre verstärkt. Angaben der deutschen Botschaft in Beijing zufolge beliefen sich die Investitionszusagen im Zeitraum 1979 bis 1993 auf 1,5 Mrd.; 1994 und 1995 betrug das Volumen 1,3

bzw. 1,7 Mrd. DM. In den ersten fünf Monaten d.J. wurden Absichtserklärungen über Neuinvestitionen mit einem Volumen von rd. 3 Mrd. DM gemacht. Hiervon entfällt ein größerer Anteil auf das Projekt der BASF, die in Nanjing einen integrierten Chemiekomplex mit den chinesischen Partnern Sinopec sowie der Yangzi Petrochemical Corp. aufbauen will. (HB, 25.6.96)

Um die deutschen Unternehmen bei ihren Auslandsaktivitäten noch stärker betreuen zu können, wollen die deutschen Auslandshandelskammern ihre Beratungs- und Dienstleistungsangebote ausbauen. Weltweit beschäftigten die Auslandshandelskammern derzeit rd. 1.200 Mitarbeiter. Das Netz der bisherigen Niederlassungen soll vergrößert werden; noch in diesem Jahr sollen Beijing und Kanton jeweils eine Auslandshandelskammer erhalten. Der DIHT-Präsident Stihl forderte in diesem Zusammenhang die Bundesregierung auf, die staatliche Außenwirtschaftspolitik und -förderung offensiver und zielgenauer zu betreiben. Problematisch sei aus Sicht Stihls auch das Nebeneinander von Förderaktivitäten des Bundes und des Landes, das unwirtschaftlich und damit wenig sinnvoll sei. (SZ, 14.6.96)

Inzwischen liegen Daten des deutschen Statistikamtes zur Entwicklung des bilateralen Außenhandels für 1995 vor. Deutsche Exporte nach China beliefen sich auf 10,68 Mrd. DM; der Anstieg war mit 4,3% niedriger als die Zunahme aller deutschen Ostasienexporte (Volumen von 76,85 Mrd. DM), die 10,2% ausmachte. Trotz des Anstiegs der deutschen Exporte nach China erhöhte sich der Anteil des Landes an den gesamten deutschen Ausfuhren zwischen 1985 und 1995 lediglich von 1,2% auf 1,5%. Fast 80% der deutschen Lieferungen sind Investitionsgüter, vor allem Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse sowie Straßen- und Wasserfahrzeuge. Chemische Produkte zählen zu den wichtigsten Grundstoffen, die Deutschland nach China liefert.

China konnte 1995 die Lieferungen nach Deutschland um 3,7% steigern und ein Liefervolumen von 15,92 Mrd. DM erreichen. Der Hauptanteil der Importe besteht aus Verbrauchsgütern, insbesondere Textilien, Lederwaren sowie Musik-, Spiel- und Sportgeräte. Die Zunahme der Importe aus China um 3,7% war nur wenig höher als das Wachstum der Gesamtimporte aus Asien in Höhe von 3,2%. Das deutsche Defizit betrug 1995 5,24 Mrd. DM.

Chinas Anteil an der Gesamteinfuhr Deutschlands stieg von 1% auf 2,5%. (HB, 17.6.96; FAZ, 3.7.96)

Aus Sicht der Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels (AVE) in Köln behindert die Anti-Dumping-Politik der EU allerdings die Importe aus China. Die AVE wirft der EU-Kommission vor, Schuhereinfuhren neben mengenmäßigen Beschränkungen zusätzlich mit hohen Strafzöllen zu belasten. (SZ, 18.6.96)

Ende März 1996 wurde außerdem ein Anti-Dumping-Verfahren der EU für Einfuhren von Handtaschen mit Ursprung China eröffnet. Die Beschwerde wurde von sieben nationalen Herstellerverbänden eingereicht, die im European Committee for Leather Goods Industries (Cedim) zusammengeschlossen sind. (NfA, 15.5.96) -schü-

*(22)

Kompromiß im Konflikt über Urheberrechte zwischen USA und China

Kurz vor Ablauf des von den USA gesetzten Ultimatums, an dem für chinesische Exporte im Werte von rd. 2 Mrd. US\$ amerikanische Strafzölle von 100% erhoben werden sollten, ist es zu einem Kompromiß gekommen.

Im Vorfeld der Entscheidung hatten verschiedene Regierungsabteilungen am 12.6.96 ein gemeinsames Rundschreiben veröffentlicht, das den besseren Schutz der Urheberrechte gewährleisten soll. Dem Rundschreiben zufolge müssen neue CD-Fabriken von der Zentralregierung genehmigt werden. Die von den Lokalregierungen genehmigten Fabriken müssen ihre Produktion einstellen; diesen Unternehmen wird die Lizenz von den Lokalregierungen wieder entzogen. Das Rundschreiben legt weiterhin fest, daß auch der Import von Anlagen zur CD-Herstellung der Genehmigung durch die Zentralregierung bedarf. (Xinhua News Agency, Domestic Service, in Chinese, 12.6.96, nach SWB FE/D2638/CNS 14.6.96)

Nach mehrtägigen Verhandlungen wurde von beiden Seiten ein Maßnahmenpaket gegen Copyright-Verletzungen beschlossen, für das China angeblich in allen vier Hauptpunkten der bilateralen Gespräche Zugeständnisse gemacht haben soll (RMRB, 20.6.96; IHT, 19.6.96):

- Schließung von Fabriken, die illegal CDs herstellen. Beim Verstoß gegen Urheberrechte wird die strafrechtliche Verfolgung eingeleitet.
- Verstärkung der Grenzkontrollen. Der chinesische Zoll soll die Durchsetzung der gesetzlichen Vorschriften besser mit den Gerichten koordinieren und sich bessere Kenntnisse darüber aneignen, wie illegale CDs identifiziert werden können.
- Festlegung eines Zeitraums zur Umsetzung der Kontrollen. Die Polizei übernimmt die Verantwortung für die Untersuchung der CD-Fabriken und schließt Verletzungen gegen Urheberrechte in die landesweiten Kampagnen gegen Kriminaldelikte ein.
- Intensivierung der Überwachung. China wird allerdings keine einseitige systematische Überwachung durch US-Beamte dulden. Die lokalen Überwacher werden Berichte über die regelmäßig stattfindenden Untersuchungen anfertigen und diese den US-Beamten bei ihren Besuchen vorlegen. Jede CD-Fabrik muß eine Genehmigung durch die National Copyright Administration in Beijing vorlegen, um zu garantieren, daß die Fabrik die richtigen Lizenzgebühren gezahlt hat.

Um Raubkopien identifizieren zu können, soll demnächst eine mikroskopisch kleine Kennzeichnung der CDs erfolgen; CDs ohne diese Markierung müssen konfisziert werden. (NFA, 20.6.96)

Durch illegale Kopien von Filmen, Musikaufnahmen sowie Computer-Software entgehen den US-Unternehmen Lizenzgebühren in Höhe von 2,3 Mrd. US\$ jährlich. Hinzu kommt, daß die amerikanischen Unternehmen ihre Produkte nicht selbst auf dem chinesischen Markt anbieten können, der durch vielfältige Barrieren verschlossen ist. Hinsichtlich des Marktzutritts haben die bilateralen Verhandlungen kein Ergebnis gebracht. Nach wie vor bleibt beispielsweise die US-Filmindustrie von der Distribution ausgeschlossen; auch die Gründung von Joint Venture-Unternehmen mit chinesischen Partnern ist ihr nicht erlaubt.

In einem Kommentar zum Kompromiß im Urheberrechtskonflikt wird im *Asian Wall Street Journal* bezweifelt, ob die neue Vereinbarung wesentlich effektiver als die vom Vorjahr umgesetzt wird. Kurzfristig werde aufgrund der

Razzien in den CD-Fabriken mit einem Rückgang der Exporte der illegalen CDs gerechnet werden können, mittelfristig sei jedoch zu erwarten, daß ungenehmigte Produktionsanlagen wieder unbeschränkt den Markt überschwemmten. Zum Teil sei wohl die Argumentation der Regierung richtig, daß es sehr schwer sei, ein derart großes Land zu überwachen. Dies sei sicherlich dann vor allem ein Problem, wenn auch Mitglieder der politischen Elite oder des Militärs an illegalen Aktivitäten beteiligt wären. Vor dem Hintergrund der "Erfolge" bei den landesweiten Kampagnen gegen Kriminalität, bei denen täglich rd. 500 Menschen festgenommen würden, sei diese Argumentation jedoch wenig glaubwürdig. (AWSJ, 18.6.96)

Der Konflikt über die Einhaltung von Urheberrechten zwischen den USA und China hat sich nicht negativ auf die US-Entscheidung zur Verlängerung der Meistbegünstigung ausgewirkt. Der US-Präsident stimmte Anfang Juni der Verlängerung zu, und Ende Juni hat sich auch das amerikanische Repräsentantenhaus für die Verlängerung mit deutlicher Mehrheit (286 : 141 Abgeordnete stimmten für eine Verlängerung) ausgesprochen. Sollte der Kongreß dagegen stimmen, wird der US-Präsident wie in den letzten Jahren sein Veto einlegen. (SCMP, 2.6.96; SZ, 29/30.6.96) -schü-

*(23)

China drängt auf internationale Rohstoffmärkte mit hoher Nachfrage

Um den wachsenden Bedarf an Rohstoffen für die Industrie zu befriedigen, hat sich China in den letzten Jahren verstärkt an Märkte in Australien und Südamerika (Peru und Brasilien) gewandt. Hochwertige Eisenerze für die Stahlerzeugung importiert China beispielsweise seit 1990 zunehmend aus Südafrika, und zwar vom südafrikanischen Bergwerks- und Stahlkonzern Iscor (1990: 1,7 Mio.t Eisenerz; 1995: 4,4 Mio.t). Der Transport von südafrikanischem Eisenerz lohnt sich für China aufgrund des mit 67% wesentlich höheren Eisengehalts; der FE-Wert im chinesischen Eisenerz beträgt lediglich 33%. Südafrika hat bisher einen Anteil am Import Chinas in Höhe von rd. 10%; das Gesamtvolumen der Importe beträgt rd. 41 Mio. t. Der weitaus größte Teil der Eisenerze wird aus Australien und ein geringerer Teil aus Brasilien eingeführt. Chinas Planung zufolge, sollen die Einfuhren bis zum Jahre 2000 auf 50 Mio.t ausgedehnt werden.

Chinas Stahlerzeugung erhöhte sich in den letzten Jahren kontinuierlich und betrug 1995 rd. 94 Mio.t. Da die Länder der ehemaligen Sowjetunion ihre Stahlproduktion von rd. 160 Mio.t Mitte der 80er Jahre um mehr als die Hälfte reduziert haben und auch die Industrieländer weniger Stahl herstellen, ist China für Händler und Rohstofflieferanten zu einem der bedeutendsten Märkte geworden.

Obwohl China jährlich 300 Mio.t Eisenerz fördert, ist das Land aufgrund der schlechten Qualität des Rohstoffes und aufgrund der überwiegend veralteter Stahlverarbeitungs-Technologie nur in der Lage, 94 Mio.t Stahl zu erzeugen. Neueste Technologie, wie beispielsweise vom deutschen Unternehmen Schloemann-Siemag SMS mit der Lieferung von drei kleinen Stahlwerken im Werte von rd. 500 Mio.US\$ angeboten, wird als Alternative zu den riesigen ineffizient produzierten Stahlwerken gesehen. (HB, 14. und 18.6.96)

Die SMS hat bereits in den 70er Jahren das chinesische Stahlwerk in Wuhan und in den 80er Jahren das Shanghaier Stahlwerk Baoshan mit neu aufgerüstet. Die von China neu bestellten drei kleinen Stahlanlagen verwenden zur Herstellung hochqualitativer Bleche eine CSP-Dünnbrammengieß- und -walztechnologie. (FAZ, 4.6.96)

Auch auf dem internationalen Kupfermarkt ist Chinas Nachfrage inzwischen von besonderer Bedeutung. Hier hofft man auf einen größeren Auftrags Chinas, durch den die hohen Überschüsse absorbiert und damit die Preise stabilisiert werden. (FT, 7.6.96) Welche Auswirkungen der Rückgang der chinesischen Nachfrage nach Chemierohstoffen auf die Preise haben kann, erlebt derzeit das Chemie-Handelshaus Helm AG, Hamburg. Chinas Nachfrage ist nach Helm zwar nicht marktbeherrschend, doch bereits sehr wirkungsvoll. Nachdem China ab Mitte 1995 seine Nachfrage drastisch reduziert hatte, waren die Preise rasant gesunken. (SZ, 2.7.96) -schü-

*(24)

Sinkende Anteile Guangdongs an Auslandsinvestitionen

Obwohl die südchinesische Provinz Guangdong nach wie vor wertmäßig die meisten Investitionen auf sich zieht, sind ihre prozentualen Anteile an den Auslandsinvestitionen in den letzten

drei Jahren unter 30% geblieben. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der ausländischen Investitionen sowohl für Guangdong als auch für die Stadt Shenzhen und die Sonderwirtschaftszone Shenzhen.

Auslandsinvestitionen in Guangdong
(in Mrd.US\$/in Prozent)

Jahr	Guangdong	Shenzhen Stadt	Shenzhen SWZ
1987	0,603	26	0,274
1988	0,958	30	0,287
1989	1,156	34	0,293
1990	1,460	42	0,389
1991	1,822	42	0,399
1992	3,552	32	0,449
1993	7,498	27	0,989
1994	9,397	28	1,250
1995	10,180	27	1,309

Quelle: JETRO, in FT, 27.6.96

Während Guangdongs Anteile an den Auslandsinvestitionen zurückgingen, erhöhten sich die Kapitalströme nach Shanghai und in die Yangzi-Deltaregion, aber auch nach Shandong und in die Industriezone um Beijing. Hongkonger Unternehmen aus dem Immobilien- und Bausektor gehen davon aus, daß sich dieser Trend aufgrund der hohen Kosten in Guangdong und der traditionellen Rolle Shanghais als Geschäftszentrum weiter verstärken wird. (FT, 27.6.96)

Nach Vorstellungen der Zentralregierung soll Auslandskapital in verstärktem Ausmaß in die Zentral- und Westregion Chinas fließen. Offiziellen Angaben zufolge haben die 18 Provinzen in diesen Regionen insgesamt rd. 40.000 Investitionsprojekte mit Auslandskapital genehmigt, ein Anteil von 17% der Gesamtprojekte. Neben neuen Anreizen für Auslandsinvestoren, Kapital außerhalb der Küstenprovinzen anzulegen, sollen zukünftig auch mehr Auslandsinvestitionen in den staatlichen Sektor zur technologischen Erneuerung der Staatsunternehmen fließen. Von den rd. 15.000 großen und mittelgroßen staats-eigenen Unternehmen benötigen mehr als ein Drittel neue Technologien und Ausrüstungen.

Zu den Veränderungen in der Politik gegenüber Auslandsinvestitionen zählt auch der Versuch, mehr Auslandskapital für die Landwirtschaft, für Infrastrukturprojekte sowie für Schlüsselindustrien wie beispielsweise Maschinenbau, Elektronik, Petrochemie und für die Automobilindustrie zu gewinnen.

(Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in English, 24.6.96, nach SWB, 28.6.96)

Eine Trendwende stellt auch die Abschaffung zollfreier Importe von Ausrüstungen für Unternehmen mit Auslandskapital dar. Als Reaktion auf die zum 1. April 1996 auslaufenden Zollvorteile erhöhte sich das Volumen der Investitionsprojekte mit ausländischem Kapital im 1. Quartal um 87% und erreichte 27 Mrd. US\$. (FT, 27.6.96)

Welche Bedeutung Auslandskapital als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in China hat, machte Sun Zhenyu, stellvertretender Außenwirtschaftsminister Ende Juni d.J. deutlich. So beliefen sich ausländische Investitionen im Jahre 1995 auf 16,1% des Anlagevermögens; in Auslandsunternehmen wurden 14,5% des Industrieoutputs erzeugt. Durch den Zustrom von Auslandskapital, moderner Technologie und Managementwissen hätte die Beschäftigung sowie die Staatseinnahmen erhöht werden können. In den rd. 120.000 Unternehmen mit Auslandskapital, die bereits ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen haben, sind Sun zufolge über 17 Mio. Arbeitskräfte beschäftigt. Diese Unternehmen zahlten 70 Mrd. Yuan Steuern im Jahre 1995 und trugen damit ein Zehntel zu den gesamten jährlichen Einnahmen aus der Industrie- und Handelssteuer bei. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in English, 26.6.96, nach SWB, 28.6.96) -schü-

Das schnelle Wirtschaftswachstum ist nach Einschätzung der Lokalbehörden auf die Reform- und Öffnungspolitik zurückzuführen sowie auf die der Sonderzone Pudong in Shanghai eingeräumten Vorzugsbedingungen, durch die verstärkt Auslandskapital in die Region geströmt ist. Diese Faktoren haben den Ausbau der Infrastruktureinrichtungen in Shanghai, Jiangsu und Zhejiang beschleunigt. In den vorangegangenen fünf Jahren investierte die Region 24 Mrd. US\$ in die Infrastruktur. Im Verlauf des neuen Fünfjahresplanes wollen Shanghai, Jiangsu und Zhejiang weitere rd. 60 Mrd. US\$ für die Infrastrukturverbesserung bereitstellen.

Die mit dem Aufbau der Infrastruktur verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stellten neue Anreize für Auslandsinvestoren dar, mehr in diese Region zu investieren. Die Zahl der mit Auslandskapital genehmigten Projekte wird mit 50.000 und das Gesamtvolumen mit 80 Mrd. US\$ angegeben, das sind rd. ein Viertel der landesweiten Projekte.

Mit dem Wirtschaftswachstum ging auch eine Verbesserung der Einkommenssituation der Bevölkerung dieser Region einher. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Städter liegt mit 650 US\$ und das der Bauern mit 380 US\$ über dem landesweiten Durchschnitt. (XNA, 21.6.96)

Untersuchungen über das Konsumverhalten in den Städten Shanghai, Nanjing und Hangzhou weisen auf die Präferenzen der Konsumenten hin: Während die Städter Großbild-Farbfernsehgeräte, Stereomusikgeräte und Videokameras sowie Computer und Klimageräte ganz oben auf ihrer Einkaufsliste stehen haben, ziehen die Bauern Telefongeräte sowie Motorräder vor und sind bereit, einen Teil ihres Einkommens für den Häuserbau zu verwenden. In der ganzen Region gibt es inzwischen 35.000 Einkaufszentren; allein in Shanghai existieren 40 große Kaufhäuser mit einem jährlichen Umsatz von mehr als 100 Mio. Yuan. Attraktive Gewinnmöglichkeiten im Einzelhandel haben die japanische Einkaufskette Yaohan dazu bewogen, ihre bisherige Zentrale in Hongkong demnächst nach Shanghai in die Sonderzone Pudong zu verlegen. Eine schnelle Expansion erlebte auch die amerikanische Imbisskette Kentucky Fried Chicken, die 1990 ihr erstes Restaurant eröffnet hat und inzwischen mehr als 60 Restaurants in der Region aufweist. (XNA, 20.6.96)

Unternehmen in Shanghai wie beispielsweise die Yangtze River Economic Development Group, eine 1994 gegründete Aktiengesellschaft, sind besonders aktiv beim Aufbau von Kaufhäusern in der Region; bevorzugte Städte waren bisher Ningbo und Suzhou. Bis 1997 will das Unternehmen insgesamt 20 Kaufhäuser mit einer Verkaufsfläche von 200.000 m² und einem Jahresumsatz von fünf Mrd. Yuan gründen. (XNA, 15.6.96)

Zwischen einer Reihe von Städten in der Yangzi-Deltaregion existiert inzwischen eine relativ enge Kooperation. Dies ist insbesondere der Fall zwischen Shanghai sowie den Städten Nanjing, Zhenjiang, Wuxi und Suzhou, die 80% zum Bruttoinlandsprodukt der Provinz Jiangsu beitragen. Die Stadt Zhenjiang ist beispielsweise ein wichtiger Zulieferer für Shanghaier Unternehmen, die Markenprodukte herstellen. Ein anderes Beispiel für die Kooperation ist die gezielte Beschäftigung von Shanghaier Fachkräften in der Provinz Zhejiang. Diese Provinz hat darüber hinaus inzwischen rd. 3.000 Unternehmen in Shanghai gegründet und stellt insgesamt 200.000 Arbeitskräfte für den Bausektor in Shanghai; im Schiffstransport zwischen der Provinz Zhejiang und Shanghai soll eine große Zahl Zhejiang-er Arbeitskräfte beschäftigt sein.

Aus Shanghaier Sicht sind für die nächsten fünf Jahre rd. 100 Kooperationsprojekte mit den Nachbarprovinzen geplant, zu denen u.a. der Bau einer Äthyl- Fabrik mit einer Kapazität von 600.000 t in Pinghu, Provinz Zhejiang, zählt.

Der Ausbau des Transportnetzes in der Region macht ebenfalls Fortschritte. Eine Schnellzugverbindung zwischen der Jiangsu Provinzhauptstadt Nanjing und Shanghai wurde zum 1. April 1996 eröffnet; eine Autobahn zwischen beiden Städten soll bis zum September fertiggestellt sein. Eine weitere Autobahn zwischen der Zhejiang Provinzhauptstadt Hangzhou und Shanghai soll 1998 in Angriff genommen werden. (XNA, 14.6.96)

Hinsichtlich der Energieversorgung bestehen in der Region ebenfalls ehrgeizige Pläne. So will die Provinz Zhejiang durch den Ausbau ihrer Elektrizitätskapazität zum wichtigsten Energielieferanten der Region werden. Geplant ist in diesem Zusammenhang der Bau von großen und mittelgroßen Kraftwerken mit einer Kapazität von 7,96 Mio. Ki-

Binnenwirtschaft

*(25)

Boomregion Yangzi-Delta

Die zur engeren Yangzi-Deltaregion zählenden Provinzen Jiangsu und Zhejiang sowie die Metropole Shanghai wiesen eine gemeinsame Wachstumsrate von 17% in den letzten fünf Jahren auf. Damit lag das Entwicklungstempo in dieser Region um rd. 5% höher als im Landesdurchschnitt.

Auf diese engere Yangzi-Deltaregion entfallen zwar nur zwei Prozent der Gesamtfläche, jedoch zehn Prozent der Bevölkerung. Mit einem Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 130 Mrd. Yuan im Jahre 1995 trug die Region mit 19% zum gesamten nationalen Sozialprodukt bei.